

„Great Firewall“ meets „Big Brother“
Einfluss von Partei und Staat auf die chinesischen Massenmedien

Seminararbeit
im Fach Medienwissenschaften
an der
Universität Bern
(leicht überarbeitete Fassung: Korrektur einzelner Flüchtigkeitsfehler)

eingereicht bei
Mag. phil. Sylvia Valentin

vorgelegt von
Mario Aeby

Matrikelnummer 02-115 517

Stritenstrasse 47
3176 Neuenegg
+41 31 741 28 73
mario.aeby@students.unibe.ch

Neuenegg, 13. Dezember 2006

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	4
2 China im Überblick	6
2.1 Geographie	6
2.2 Geschichte und Politik	6
2.3 Wirtschaft	6
2.4 Herausforderungen	7
3 Medienlandschaft	9
3.1 Printmedien	9
3.2 Radio & TV	11
3.3 Internet	13
4 Theorieteil	15
4.1 Die liberalistische Medienfreiheitstheorie	15
4.2 Die Funktionen der Medien im kommunistischen China	16
4.2.1 Aktuelle Entwicklung	18
5 Fragestellung	21
6 Methode	23
6.1 Forschungsstand	23
7 Ergebnisse	26
7.1 Printmedien & Rundfunk	26
7.1.1 Vorzensur in der einheimischen Berichterstattung	26
7.1.2 Erschwerte Zensur ausländischer Informationsquellen	27
7.1.3 Nicht zu unterschätzen: Vertrauensleute	29
7.1.4 Ahndung von Verstößen	30
7.2 Internet	30
7.2.1 Produzenten	31

7.2.2	Vermittler	33
7.2.3	Konsumenten	34
7.3	Fazit	35
7.3.1	Gemeinsamkeiten	36
7.3.2	Unterschiede	37
8	Schlussdiskussion	39
9	Bibliographie	40
9.1	Gedruckte Literatur	40
9.2	World Wide Web	41
10	Anhang	44
10.1	Katalog verbotener Inhalte von Web-Sites	44
10.2	Katalog verbotener ausländischer Agenturmeldungen	44
10.3	Regulationsbehörden	45

1 Einleitung

Wer sich im World Wide Web über das Tagesgeschehen informiert und dabei Angebote mit Fokus auf die Informationstechnologie¹ frequentiert, wird bereits über Nachrichten aus dem „Reich der Mitte“ gestolpert sein. Die Volksrepublik China macht regelmässig mit unvorteilhaften Schlagzeilen von sich reden, wenn wieder einmal ein Medienschaffender in Gewahrsam genommen wird und danach für Jahre hinter Gitter muss (WILKENS 2005b). Vermehrt, so scheint es zudem, überschreiten auch sogenannte Cyberdissidenten die unsichtbare Linie der von der Partei geduldeten Äusserungen im Internet und sehen sich infolgedessen mit Repression konfrontiert. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ bezeichnet China nicht ohne Grund als weltweit grösstes Gefängnis für Cyberdissidenten (ZEIDLER 2005: 35).

In China wird von staatlicher Seite zweifellos Zensur betrieben—die Behörden machen daraus gegenüber ausländischen Reportern auch keinen Hehl (TAGESSCHAU 2006). Die westliche Öffentlichkeit empört sich über diesen Eingriff einerseits, weil man das Recht auf freie Meinungsäusserung eingeschränkt sieht (WILKENS 2006a). Andererseits aber auch, weil westliche Unternehmen, die nach China expandieren, Hand in Hand mit den Behörden zusammenzuarbeiten scheinen, wenn es um die Verfolgung von subversiven Aktivisten geht (WILKENS 2006f).

Interessant sind die Entwicklungen, die mit dem Aufkommen des Internets in China Ende der 90er-Jahre ihren Lauf genommen haben. Im Vergleich zum Internet sind Presse und der Rundfunk deutlich einfacher zu kontrollieren, da die beiden traditionellen Mediengattungen (wie überall auf der Welt) kapitalintensiv² und insbesondere die Presse im Vergleich zum Ausland stark reguliert ist. Das Internet wiederum ist als offenes Netzwerk konzipiert, zu dem jedermann³ Zugang hat. Auf Grund seiner Natur erlaubt das weltumspannende Kommunikationsnetzwerk zudem seinen Teilnehmern nicht nur den Empfang, sondern auch das Senden von Informationen.

¹ Als Beispiel sei der *heise newsticker* genannt: <http://www.heise.de/newsticker/>

² In der Volksrepublik China neu zu gründende Verlage benötigen bspw. ein eingetragenes Kapital von 300'000 Yuan (umgerechnet ca. 50'000 SFr.) (FISCHER 2001: 13). Das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen beträgt derzeit ca. 2'174 SFr. (XINHUA ONLINE 2006).

³ Selbstverständlich gelten auch hier Einschränkungen mit Blick auf den „Digital Divide“. GIESE (2003: 32ff.) zeichnet in seiner Untersuchung den digitalen Graben innerhalb Chinas auf.

Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, die Einflussnahme des Staates auf traditionelle Massenmedien einerseits und auf das Internet andererseits aufzuzeigen und gegenüberzustellen. Es liegt im Erkenntnisinteresse des Autors, in der nachfolgenden Analyse Unterschiede, aber auch Parallelen in der Vorgehensweise der staatlichen Zensur auf die unterschiedlichen Mediengattungen zu erkennen. Dies kann auf Grund der Beschränkung des Umfanges der Arbeit natürlich nicht in vollständiger Art und Weise geschehen—die Untersuchung stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und dient als Basis zu vertiefenden Nachforschungen und neuen Fragestellungen.

Im ersten Teil der Arbeit wird das bevölkerungs- und flächenmäßig grösste Land Asiens grob charakterisiert. Danach folgt die Beschreibung der chinesischen Medienlandschaft und ihren—im Vergleich zu westlichen Nationen hervorstechenden—Eigenarten. Im nachfolgenden Theorienteil soll nicht nur die westliche Auffassung von Medienfreiheit liberalistischer Prägung zur Sprache kommen, sondern auch die den Medien zugeteilten Funktionen in kommunistischen Systemen sowie darin enthalten der „Sonderfall China“. Diese Funktionen sind für das Verständnis der Einflussnahme von Partei und Staat von grosser Wichtigkeit. Die eigentliche Untersuchung gliedert sich in die drei Abschnitte Fragestellung, Methode und Ergebnisse. Die Schlussdiskussion versucht, den „Sonderfall China“ und die sich daraus stellenden Probleme für die Forschung zu rekapitulieren.

2 China im Überblick

2.1 Geographie

Die Volksrepublik China erstreckt sich über 50 Längen- und 30 Breitengrade und zählt mit einer Fläche von über 9.5 Millionen Quadratkilometern zu den vier grössten Ländern der Welt. Bezüglich der Bevölkerungszahl liegt die Nation mit seinen 1.3 Milliarden Einwohner unangefochten an der Spitze der Rangliste (CIA 2006).

2.2 Geschichte und Politik

Die Volksrepublik wurde am 1. Oktober 1949 von dem Kommunistenführer Mao Zedong ausgerufen. Mao etablierte in der Folge ein „autocratic socialist system that, while ensuring China's sovereignty, imposed strict controls over everyday life and cost the lives of tens of millions of people.“ (CIA 2006) Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) ist die staatstragende Partei, Mitbewerber sind nicht zugelassen; die Gewaltenteilung fehlt vollends. An der Spitze der Partei und des Staates stehen neun Personen mit Einsitz im *Ständigen Komitee*, demjenigen Gremium, in dem die Geschicke der Nation entschieden werden (BBC NEWS 2003a). Hu Jintao ist seit März 2003 Staatspräsident, Wen Jiabao ist ebenfalls seit diesem Zeitpunkt Regierungschef des Landes (CIA 2006).

2.3 Wirtschaft

Im Sinne der kommunistischen Lehre lag die Wirtschaft während Jahrzehnten in den Händen des Staates. Ab 1978 hat sich das Land nach grossen Misserfolgen in der Planwirtschaft und mit Maos Tod von 1976 reformerischen Kräften geöffnet und verfolgt seither eine marktwirtschaftlich orientierte Entwicklung. Im englischen Sprachraum wird dieser Strategiewechsel als „Open Door policy“ bezeichnet und ist eng mit dessen Schöpfer Deng Xiaoping verknüpft (BBC NEWS 2003b). Als Folge dieser neuen Politik existieren heute unzählige Unternehmen in chinesischem Privatbesitz, die ihren Eigentümer zu grossem Reichtum verholfen haben (HEBERER 2006). Seit den frühen Achtzigern dürfen auch ausländische Unternehmen in der Volksrepublik Fuß fassen—immer unter Einhaltung strikter Regelungen. Neben der marktwirtschaftlichen

Öffnung findet eine zunehmenden Globalisierung statt, in der die Volksrepublik zunehmend als „Werkbank“ (FOLLATH 2004) westlicher Unternehmen dient. Chinesen sind als Auswanderer oder Gastarbeiter überall auf der Welt anzutreffen; auch studieren unzählige chinesische Studenten an den renommiertesten westlichen Universitäten (FISCHER 2003: 3).

2.4 Herausforderungen

Weil die wirtschaftliche Entwicklung seit den 80er-Jahren rasant⁴ vor sich ging, steht das Land vor schwerwiegenden, bisher ungelösten Problemen:

- Ein **sozialer Graben** zieht sich durch das Land und trennt den ruralen Osten von den westlichen Küstenmetropolen mit ihren Industriezentren.
- **Umweltverschmutzung** von gigantischem Ausmaße bedroht die Umwelt. Umstrittene Projekte wie der Drei-Schluchten-Staudamm verdeutlichen, dass Schutz und Erhaltung der Natur keinen Rückhalt bei den Machthabern geniesst (SCHOETTLI 2004).
- Um der drohenden **Überbevölkerung** Herr zu werden, propagiert der Staat die Einkindfamilie.
- Die Bevölkerung hat vermehrt mit **gesundheitlichen Problemen** zu kämpfen. Die Umweltverschmutzung äussert sich in Grossstädten durch extrem schlechte Luftqualität und führt ungewöhnlich häufig zu Atemwegserkrankungen (CHANG 1999: 116). Die Überbevölkerung und die daraus resultierenden engen Lebensverhältnisse können die Verbreitung von infektiösen Krankheiten wie SARS oder AIDS⁵ hervorrufen und/oder beschleunigen.
- Die von der Privatisierung nicht erfassten Staatsunternehmen serbeln vor sich hin und müssen vom Eigner mit **nicht gedeckten Krediten** am Leben erhalten werden. Das chinesische Bankensystem geniesst daher im Ausland kein Vertrauen (BLUME 2004).

⁴ „Turbo-Kapitalismus“ hat sich als Inbegriff dieser Entwicklung eingebürgert.

⁵ Bei SARS wie auch AIDS handelt es sich um ein Tabu-Thema, worüber die Berichterstattung von den Behörden unterdrückt wird. QINGLIAN berichtet von einem aufsehenerregenden Fall über die Infizierung von mehreren hundert Personen mit AIDS via Blutkonserven. Im Nachgang zur Veröffentlichung ihrer Reportage wurden die Journalisten bestraft, nicht aber die für die Verseuchung Verantwortlichen (QINGLIAN 2004: 6).

- **Korruption** ist an der Tagesordnung und verbindet die Machthaber der Partei bis auf Gemeindeebene mit der lokalen Wirtschaftselite. Der Übergang zwischen Politik und Wirtschaft ist fliessend.

3 Medienlandschaft

In China findet man alle Massenmedien vor, die man sich von anderen industrialisierten Ländern gewohnt ist: Printmedien, Rundfunk und Internet. Die Rahmenbedingungen sind aber deutlich verschieden:

„In the People’s Republic, there are no Chinese-language news media that are both widely accessible and independent of the CCP. While available to more than 100 million users, the Internet is closely monitored by the state; access to politically threatening Internet sites and web logs is blocked; uncensored satellite television is not legally available to the general public; foreign radio broadcasts are scrambled; and the sale of publications with content critical of the regime is restricted.“ (ESAREY 2006: 2)

Es wäre falsch, diese Aktivitäten unter dem zu engen Begriff „Zensur“ zu führen—treffender ist der Begriff „**information control**“ (FISCHER 2003: 3).

Ein weiterer Faktor ist für die westliche Vorstellung eines funktionierenden Mediensystems äusserst störend: Weder die Verfassung von 1982, noch die Judikative sehen einen Schutz der Medien und der Medienschaffenden vor (HAZELBARTH 1997). In der Verfassung ist zwar das Recht auf freie Meinungsäusserung sowie die Presse- und Versammlungsfreiheit kodifiziert (CECC 2006b), faktisch existieren diese grundlegenden Rechte aber nicht.

3.1 Printmedien

2'119 Tages- und Wochenzeitungen (ESAREY 2006: 2) in einer Auflage von 310 Millionen Stück, ergänzt durch 7'000 Magazine, machen China zu einem der weltweit grössten Märkte für Druckerzeugnisse (HAZELBARTH 1997).

People’s Daily ist die bekannteste Parteizeitung der Volksrepublik. Als offizielles Sprachrohr der KPC werden in der Publikation alle Regierungsentscheide ausführlich, aber völlig unkritisch dargelegt. Was in der Zeitung steht, entspricht der massgebenden Auffassung der Partei zu politischen Themen—gelesen wird Zeitung nicht primär wegen der Qualität der Berichterstattung, sondern um die Einstellung und Meinung der Partei zu erfahren. In sogenannt „offiziellen Leitartikeln“ tut die Parteileitung kund, sobald sie über ein bestimmtes Thema einen Konsens gefunden hat. Die Auflage der Zeitung beträgt mehrere Millionen Stück, wobei diese

Zahl aber nur begrenzt aussagekräftig ist, da sich diese mehrheitlich aus Zwangsabonnements für staatliche Stellen⁶ und Abteilungen der Partei zusammensetzt.

Die *Xinhua News Agency* ist die staatliche Nachrichtenagentur, mit deren die Parteimeinung wiederspiegelnden Meldungen die kleineren nationalen und regionalen Zeitungen auf „Kurs“ gebracht werden. Die Agentur beschäftigt über 10'000 Angestellte in über 107 Büros auf der ganzen Welt. Anders als vergleichbare westliche Agenturen besitzt Xinhua über 20 Zeitungen und gibt ein Dutzend Magazine heraus (HAZELBARTH 1997).

(Die nachfolgenden Ausführungen beruhen massgeblich auf der wissenschaftlichen Arbeit von Doris Fischer, die in ihrer Untersuchung das Printmediensystem aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht charakterisiert hat (FISCHER 2001))

Eine Eigenheit des chinesischen Marktes für Druckereiprodukte wurde mit *People's Daily* soeben angeschnitten: Viele Institutionen und Organisationen verfügen über eine eigene Zeitung. So gibt es beispielsweise Lokalzeitungen eines jeden Parteikomitees auf Provinzebene und die Parteizentrale in Peking gibt gleich mehrere Zeitungen auf einmal heraus. Weiter zählen auch die meisten Regierungsinstanzen und grössere Massenorganisationen zu den Produzenten von Printprodukten. Der Äusserungsfreiheit der Redakteure sind in den Staatsverlagen verständlicherweise enge Grenzen gesetzt.

Medienbetriebe waren in China bis in die frühen Neunziger vollumfänglich vom Staat finanziert und werden bis heute nicht als freie Unternehmen im kapitalistischen Sinne verstanden. Immer noch hält sich der Begriff „öffentliche Institution“, wenn von Zeitungsverlagen die Rede ist. Neugründungen von Zeitungen verlangen zwingend eine Verbindung zu einer staatlichen Institution wie beispielsweise einem Ministerium oder einem Forschungsinstitut (HAZELBARTH 1997).

Seit 1992 findet nur noch eine teilweise Finanzierung dieser Unternehmen statt, was mit einer Ausweitung der publizistischen Freiheiten mit einher ging. Werbung wird zu einem immer wichtigeren Finanzierungsmittel und trägt seit ca. Mitte der Neunziger mehr als die staatlichen Zuschüsse zum Umsatz bei. Die Medien sind durch diese Kommerzialisierung mittlerweile zum

⁶ Dazu gehören „district, town and village level organizations, country primary and secondary schools and other local units“. Diese Institutionen müssen öffentliche Gelder für den Kauf der Abonnements bereitstellen und haben nationale Parteipublikationen anderen vorzuziehen (QINGLIAN 2004: 12).

viertgrössten Umsatzproduzenten der gesamten Volkswirtschaft geworden (HOUCHEIN WINFIELD/PENG 2005: 260).

Aus westlicher Sicht hatte die Absetzung der Vollsubventionierung von Medienbetrieben eine durchaus positive Entwicklung zur Folge: Unter den Publikationen entwickelte sich ein gewisser Wettbewerbsdruck und führte unter anderem dazu, dass die Berichterstattungen mit Blick auf sensible Themen risikoreicher und experimenteller wurden. Die Anwerbung fähiger Journalisten durch finanzielle Reize hat zu diesem Trend beigetragen (HAZELBARTH 1997).

Ein weiterer Effekt ist die Bildung von Verlagsgruppen, da seit Mitte der Neunziger von einem Verlag mehrere Zeitungen herausgegeben werden dürfen. Oftmals erfolgt so die Quersubvention von Informationsblättern durch populäre Unterhaltungstitel. Die Medien-Konglomerate stehen zwar als Puffer zwischen Partei und den einzelnen Zeitungen, die Einflussnahme bleibt durch die Einsetzung von Vertrauensleuten in die Unternehmensspitze gewährt.

Die Partei hat die Zügel mit der Presse-Reform von 2003 wieder stärker angezogen. Im Zuge dieser Umstellungen wurde einmal das Dickicht im behördlichen Blätterwald gelichtet: Parteipublikationen mit ähnlichem Inhalt und weniger als der Hälfte an privaten Abonnenten wurden zwangsfusioniert. Daneben wurden Zeitschriften stillgelegt, die in den letzten fünf Jahren gegen das Gesetz verstossen haben (QINGLIAN 2004: 14).

Für alle Medienprodukte gilt weiterhin: Die inhaltliche Kontrolle wird durch die Partei- und Regierungsinstanzen wahrgenommen. Chefredaktoren der Zeitungen und die Führungsriege der Verlagsgruppen werden bis zum heutigen Tage durch die Partei bestimmt.

Journalisten sind in einer der unzähligen, vom Staat geschaffenen Vereinigungen eingeschrieben. Mit Bedacht wird kontrolliert, dass die rudimentären „Gewerkschaften“ nicht zu gross (zu mächtig) und so von staatlicher Kontrolle autonom werden (HAZELBARTH 1997).

3.2 Radio & TV

(Die nachfolgenden Ausführungen beruhen massgeblich auf der wissenschaftlichen Arbeit von Doris Fischer, die in ihrer Untersuchung das chinesische Rundfunksystem aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht charakterisiert hat (FISCHER 2003))

Der Rundfunk in China hat seit den Reformbestrebungen von 1978 gewaltige Dimensionen erreicht: 1108 TV-Stationen⁷ (FISCHER 2003: 11f.), 3'000 Kabelkanäle (davon sendet ein Drittel ohne Lizenz) und 1'000 Radio-Stationen buhlen um die Gunst des informations- und unterhaltungshungrigen Volkes (HAZELBARTH 1997).

Bis heute sind alle Fernsehstationen in Staatsbesitz und werden ebenfalls als „öffentliche Institutionen“ angesehen. Und doch wird wiederum erwartet, dass die Institutionen wie Unternehmen tätig sind, was regelmässig zu Interessenskonflikten führt.

Ähnlich wie bei den Printmedien gibt ein staatliches Unternehmen den Ton an: *CCTV*, die einzige nationale⁸ Senderkette, überbringt den Zuschauern ähnlich der Zeitung *People's Daily* und der Nachrichtenagentur *Xinhua* die staatliche Sichtweise. Die Führungsebene der Senderkette wird aus staatlichen Vertretern und Partei-Exponenten gestellt, das Unternehmen selber ist direkt dem *Departement für Propaganda* und dem *Ministerium für Radio, Film und Fernsehen* unterstellt⁹. Keine andere Fernsehstation hat einen derart weitläufigen Zugang zu Informationen von nationaler Bedeutung wie *CCTV*, und auch bezüglich finanziellen und personellen Ressourcen ist der Sender wohlgebettet (MAN CHAN 2003: 168). Alle lokalen und regionalen Fernsehstationen des Landes sind verpflichtet, die 19 Uhr-Nachrichten des Senders unverändert weiterzuverbreiten. Da eigene Nachrichten nur produziert werden dürfen, wenn Medienunternehmen über eine „news producing licence“ verfügen, erreicht *CCTVs* „Flaggschiff“ mangels valabler Alternativen unter den Nachrichtensendungen über 500 Millionen Chinesen.

Lange Zeit war es für den Rundfunk charakteristisch, hinter der Berichterstattung der Presse hinterherzuhinken—im Grunde erstaunlich, denn im Gegensatz zu einer täglich erscheinenden Zeitung hätten Radio und Fernsehen durchaus die Möglichkeit, die Berichterstattung mit Sondersendungen und regelmässig aktualisierten Nachrichtenmeldungen anzuführen. Der gesteigerte Wettbewerbsdruck hat in den 90er-Jahren dazu geführt, dass der Rundfunk in dieser Hinsicht zu den Printmedien aufgeschlossen hat.

⁷ Die Zahlen sind verwirrlisch. ESAREY zählt bspw. nur 358 Stationen (ESAREY 2006: 2). Dies könnte damit zusammenhängen, dass das statistische Amt Sender auf Bezirksebene seit 1998 nicht mehr in seinen Reihen aufführt (FISCHER 2003: 11f.).

⁸ Seit 1983 teilt der Staat Sender in vier geographisch abgegrenzte Verbreitungsgebiete ein: National, Provinz, Amtsbezirk oder Bezirk (FISCHER 2003: 11).

⁹ In Anhang 2 (S. 45) sind die wichtigsten für die Informationskontrolle zuständigen staatlichen und parteilichen Einheiten aufgeführt.

Gemäss einer 2001 erlassenen Reform werden TV-Stationen seither zu Konglomeraten zusammengefasst—eine analoge Entwicklung wie die Gruppenbildung im Verlagssektor. Lokalsender werden zu Relais-Stationen umfunktioniert und haben nur noch eingeschränkte Möglichkeiten, eigene Programminhalte zu produzieren und zu senden. Hinter dieser Entwicklung steht die Zentralregierung, die sich von der Re-Zentralisierung effizientere Kontrollen erhofft.

3.3 Internet

Der erste chinesische Internet-Anschluss wurde 1994 an einer staatlichen Universität eingerichtet, ab 1995 werden Internetzugänge auch kommerziell vertrieben (AMNESTY INTERNATIONAL 2002). Der eigentliche Boom setzte aber erst gegen Ende der 90er-Jahre ein. Ab diesem Zeitpunkt konnten sich immer breitere Schichten in den Städten einen Internetzugang in der eigenen Wohnung leisten. Wem dies immer noch zu teuer ist, weicht auf unzählige Internet-Cafés aus. Gemäss einer Untersuchung der Organisation *Human Rights In China* benutzt ein Viertel der chinesischen „Online-Bevölkerung“ Cybercafés zum Internet-Zugriff (HUMAN RIGHTS IN CHINA 2005).

In ein bis zwei Jahren, so vermuten Experten, werde China den Ranglisten-Ersten USA überrunden und 300 Millionen Nutzer zählen (HUMAN RIGHTS IN CHINA 2005). Das Potential ist durchaus vorhanden: Während in den USA mit seinen über 200 Millionen Nutzern die Durchdringung bereits satte 70 Prozent beträgt, stellt die Volksrepublik mit seinen bisher 9 Prozent erschlossenen Haushalten erst gerade einmal 111 Millionen Benutzer (INTERNET WORLD STATS 2006b).

Ein „Digital-Divide“ besteht in doppelter Hinsicht: Einerseits führt der Graben zwischen den Altersgruppen hindurch (83% der Internet-Benutzer sind unter 35 Jahre alt (NIEMANN 2004)). Andererseits trennt er die hochentwickelten Metropolen an der Ostküste Chinas (u.a. Guangdong und Peking (CNNIC 2006: 39)) von der mehrere hundert Millionen Menschen zählenden Landbevölkerung im westlichen Hinterland (HUMAN RIGHTS IN CHINA 2005).

Im Internet sind die chinesischen Massenmedien—allen voran Ablegern der Printpresse—omnipräsent: Im Jahre 2000 verfügten bereits über 200 Zeitungen über eine Web-Site, auf der

Nachrichten publiziert werden. Elf der 16 grossen Zeitungs-Konglomerate sind mit einem Angebot im World Wide Web zu erreichen (MAN CHAN 2003: 169).

Das “Bloggen,, das führen eines öffentlichen Internet-Tagebuches durch Privatpersonen, hat—wie überall in der Welt—auch in China einen grossen Boom erfahren. Gemäss Schätzungen gab es 2004 über 600’000 Blogger im Reich der Mitte (OPENNET INITIATIVE 2005: 47).

4 Theorieteil

In diesem theoretischen Teil der Arbeit werden zwei Arten von Mediensystemen vorgestellt. Das liberale Mediensystem ist in unterschiedlichen Nuancen am Häufigsten in westlichen Demokratien vorzufinden und entspricht im (ebenfalls westlich dominierten) Forschungsdiskurs dem anzustrebenden Idealtypus. Das chinesische Mediensystem kommunistischer Prägung kann als Gegenpol dazu aufgefasst werden.

4.1 Die liberalistische Medienfreiheitstheorie

(Die Ausführungen in diesem Abschnitt folgen dem Artikel „The Libertarian Theory“ von SIEBERT/PETERSON/SCHRAMM (1956: 39ff.))

Der Theorie liegt der Liberalismus zu Grunde, eine politisch-wirtschaftliche Strömung, die Ende des 17. Jahrhunderts zuerst in Grossbritannien und später in den USA aufkam und die heutige westliche Welt massgeblich geformt hat. Die wichtigsten Verfechter des Liberalismus heissen Milton, Lokke und Mill, die in ihren bekannten Werken die „Philosophie der Aufklärung und Naturrechte“ propagierten.

Die drei Aufgaben der liberalen Massenmedien sind Information, Unterhaltung und finanzielle Unabhängigkeit. Der hauptsächliche Zweck ist die Kontrolle der Regierung durch die Medien und die Verpflichtung zur wahrheitsgemässen Berichterstattung—ohne dabei aber die Wirtschaftlichkeit ausser Auge zu lassen. Die Auffassung von der „vierten Gewalt“ (im englischen auch als „watchdog“-Funktion geläufig) im Staat bedingt, dass alle Massenmedien so frei wie möglich von staatlichen Einflüssen sind (deshalb die damit verbundene Forderung nach Medien im Privatbesitz). Der Theorie folgend resultiert das Idealsystem aus dem freien Wettbewerb zwischen einzelnen Medienerzeugnissen auf dem „Marktplatz der Wahrheit“:

Die Massenmedien machen reinen Tisch, präsentieren möglichst alle Beweise und Meinungen, überlassen aber die Beurteilung dieser dem Publikum. Der vernunftbegabte Bürger wählt aus dem vorgestellten „Fundus“ diejenigen Argumente aus, die ihm richtig erscheinen. Nach Milton laufe so ein sich selbst regulierender Prozess ab, der die Wahrheit und das Richtige hervorbringe. Anstelle einer autoritären, bevormundenden Regierung überlässt ein Staat die Entscheidungsfindung der Masse. Dies führe zu besseren Problemlösungen.

4.2 Die Funktionen der Medien im kommunistischen China

(Die Ausführungen in diesem Abschnitt folgen dem Artikel „The Soviet Communist Theory“ von SIEBERT/PETERSON/SCHRAMM (1956: 105ff.))

Der soeben in Grundzügen vorgestellte liberalistische Medienfreiheitstheorie wird in China kein Verständnis entgegengebracht. Die Volksrepublik ist ein treffendes Beispiel für einen Staat, der die vollständige Pressekontrolle ausübt:

„Vollständige Pressekontrolle herrscht dort, wo die Presse keinerlei Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit besitzt. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Nachrichtenagenturen, Hörfunk und Fernsehen werden unmittelbar oder mittelbar vollständig von der Regierung, von Selbstkontrollkörperschaften oder durch Besitzkonzentration kontrolliert.“ (LOWENSTEIN 1970: XIII)

Während gemäss der liberalistischen Theorie die Medien auf gleicher Ebene oder gar über der Regierung zu stehen scheinen (wenn Sie die Watchdog-Funktion ausüben), so ist das Kräfteverhältnis im kommunistischen System gerade vertauscht. Der Staat übt die Kontrolle über die Medien aus und definiert die Spielregeln („top-down-Ansatz“). Beim dem kommunistischen Modell gemäss den „Four Theories“ handelt sich um eine Variante des autoritären Modells, wie die spätere Forschung gezeigt hat (HOUCHE WINFIELD/PENG 2005: 257).

Auf Grund der eklatanten Unterschiede dieses System zu dem unsrigen drängt sich auf, die Funktionen der Medien aus kommunistisch-chinesischer Sicht zu charakterisieren.

Die Aufgaben und Ziele¹⁰ kommunistischer Medien beinhalten die Erziehung der Bevölkerung, das Ändern deren Verhaltens, die Meinungsbildung sowie die Mobilisierung der Empfänger für die sozialistische/kommunistische Sache. Als Teil der Politik respektive des Parteiapparates erfüllen sie ganz spezifische Funktionen—unter anderem:

„The function of media is thus to ensure the loyalty and unity of the organisation's members, to induce not only the correct thinking but also correct behaving. The Party is the owner, the manager and the practitioner of the media.“ (LOKMAN 2001: 17)

Dies ist aber nur eine Facette. Weitere Ziele sind:

¹⁰ Deren sozialphilosophischen Grundlagen entstammen den Ideen und Schriften von Hegel, Marx, Lenin und Stalin.

„They [the mass media] are regarded as an important part of the ideological apparatus that is indispensable for legitimating the Partystate, indoctrinating the public and coordinating campaigns. Since the days of Mao, it has been recognized that to harness the media is a prerequisite for starting a revolution and for maintaining a government. [...] The downfall of Communism in Central and Eastern Europe has only reinforced the Chinese Communist Party (CCP)’s belief in the central role of press control in maintaining political control.“ (MAN CHAN 2003: 159)

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das chinesische Mediensystem derart ausgelegt ist, dass es zum Bestand und Erfolg des übergeordneten staatlichen Systems und der KPC beiträgt.

Anders als in liberalen Demokratien ist hier eine Meinungsvielfalt überhaupt nicht gewünscht, denn der Marxismus versucht, „allumfassend“ zu sein und „die Subjektivität bei der Entscheidungsfindung zu eliminieren“—Marx spricht der liberalen Theorie also gerade diejenige Eigenschaft ab, die man im Westen derart positiv in deren Mittelpunkt gestellt hat: Die Mündigkeit des Bürgers zur freien und richtigen Wahl. Dieses für Kritiker anarchistisch anmutende Verhalten ist Gift im marxistischen System. Die Menschen sollen keine unterschiedlichen Standpunkte einnehmen, denn es existiert schlussendlich nur eine richtige Position zu einer Sachfrage. Diese muss von einem vom Volk auserwählten Anführer, der Kommunistischen Partei, gegen alle anderen Meinungen verteidigt, propagiert und durchgesetzt werden.

„In democratic countries, the news media industry has independent legal status. A media company’s investors are its bosses; the market decides the life or death of a company, and a newspaper with no subscribers will fold. But this international principle does not apply to China. China’s government agencies have designated the broadcast media as special commercial activity, and no matter who its investors are, a news provider is a publicly owned resource. As a result, all news agencies have just one shareholder: the Chinese Communist government.“ (QINGLIAN 2004: 12)

Aus kommunistischer Sicht sind westliche Medien Instrumente der herrschenden kapitalistischen Klasse und folglich kaum frei. Die kommunistischen Medien gehörten dagegen zu den „freiesten der Welt“. Es verwundert angesichts dieser Auffassung deshalb nicht weiter, wenn die Regierung die Medien explizit von ihrer wirtschaftlichen Globalisierungsstrategie ausschliesst. Ein Sprecher von offizieller Seite erläutert das Verbot von ausländischen Investitionen in chinesische Medien folgendermassen: „This avenue is closed, there is no room for discussion. Television is too sensitive; it has a direct impact on national security and well

being.“(QINGLIAN 2004: 17) Weder beabsichtigt der Staat, den Wettbewerb unter politischen Titeln zu fördern, noch würde er irgendwelche Kritik tolerieren—beides Elemente, die durch eine Globalisierung und Liberalisierung des Medienmarktes zwangsläufig auch nach China getragen würden.

Das von SIEBERT/PETERSON/SCHRAMM (1956: 121) in den 1950ern für Sowjetrussland erstellte Konzept der Massenkommunikation kann ohne weiteres auch auf die Volksrepublik China des frühen 21. Jahrhunderts übertragen werden:

- Mass communications are used instrumentally—that is, as an instrument of the state and the Party
- They are closely integrated with other instruments of state power and Party influence
- They are used as instruments of unity within the state and the Party
- They are used as instruments of state and Party „revelation“
- They are used almost exclusively as instruments of propaganda and agitation*
- They are characterized by a strictly enforced responsibility

Es gilt, die aktuelle Entwicklung im Auge zu behalten—denn in China werden Massenmedien längst nicht mehr nur mehr zu Propaganda- und Agitationszwecken benutzt. Dank der Vermehrung des Wohlstandes wächst in der (städtischen) Bevölkerung ein stetiges Bedürfnis nach Unterhaltung heran, das auch durch neue, apolitische Medieninhalte befriedigt wird.

4.2.1 Aktuelle Entwicklung

Seit die Volksrepublik die Politik der „Offenen Tür“ verfolgt, haben sich im Mediensektor mehrere grundlegende Änderungen ergeben (LYNCH 1999: 17f.). 1992 stellt diesbezüglich das Schlüsseljahr in den Reformbemühungen dar. Folgende Umstellungen machen eine theoretische Neubetrachtung unumgänglich:

- Nötig wurde die Unterteilung der inländischen Medienprodukte in kommerzielle Informationen/Unterhaltung und „Propaganda“. Letztere Publikationen werden weiterhin rigoros durch die Behörden kontrolliert, während Unterhaltung toleriert wird. Diese neue Unterhaltungsaufgabe, die einher ging mit der Abkehr von der klassenkämpferischen

Funktion der Medien, stellt ein Schlüsselement der Reformen von 1979–1989 dar (HOUCHEIN WINFIELD/PENG 2005: 259).

- Die Besitzrechtsreform in den Neunzigern gewährte Unternehmen die Erwirtschaftung von Gewinnen und übergab die Aufsicht an deren Manager. Die einflussreichsten Medien- und Kommunikationsunternehmen in China gehören aber weiterhin dem Staat.
- Medienunternehmen haben heute zwei Imperativen zu gehorchen: Einerseits der Partei und dem Staat, andererseits der wirtschaftlichen Selbständigkeit (HOUCHEIN WINFIELD/PENG 2005: 255).
- China stellt mittlerweile einen derart grossen, lukrativen und vielversprechenden Markt dar, dass ausländische (Medien-)Unternehmen vermehrt **freiwillig** bereit sind, Einschränkung in Kauf zu nehmen, um nicht den Zorn der Machthaber auf sich zu ziehen und des Landes verwiesen werden. Das Profitdenken nimmt Überhand.
- Der Empfang unzähliger ausländischer Produkte durch den steten technologischen Fortschritt stellt ein weiterer Faktor dar. Die Konsumenten wenden sich von den langweiligen staatskonformen Programmen ab und entscheiden sich stattdessen für (ausländische) Unterhaltungsangebote. Für die Machthaber wird es zusehends schwieriger, ihr Publikum im Kanal-Wirrwarr zu erreichen und gemäss den Absichten der Propaganda zu informieren.

Eine ausgedehntere Gliederung der Änderungen seit den frühen Neunzigern mit einem Vergleich zu alten Strukturen findet sich in HOUCHEIN WINFIELD/PENG (2005: 259).

(Die folgenden Ausführungen in diesem Abschnitt behandeln den Artikel von HOUCHEIN WINFIELD/PENG (2005))

Es gibt in jüngster Zeit Kritiker, die mit Blick auf Änderungen des Mediensystems hin zur Marktwirtschaft betonen, dass weder die „Four Theories“ aus den 1950ern noch die nachfolgenden, zu westlich-fixierten Konzeptionen von MCQUAIL, MERRILL/LOWENSTEIN und anderen den derzeitigen Zustand des chinesischen Mediensystems theoretisch akkurat zu erklären vermögen. HOUCHEIN WINFIELD/PENG deuten in ihrem Paper die Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre als „a Chinese media system moving from totalitarianism to market aut-

horitarianism“ und präsentieren ein neues theoretisches Gerüst für den „Sonderfall China“. Kein anderes kommunistisches Land hat einen solchen Wandel bisher in Angriff genommen.

In einem **autoritären Mediensystem** ist es Massenmedien nicht erlaubt, Informationen zu verbreiten, die die Autorität der Machthabers in Frage stellen oder dessen politische Auffassung kritisieren würden. „[...] the government holds the absolute truth and remains infallible; [...] Under an authoritarian rule, freedom of expression in the western sense is never a reality.“ (HOUCHIN WINFIELD/PENG 2005: 266)

5 Fragestellung

Die Untersuchung hat zum Ziel, zwei grössere Fragenbereiche zu beantworten:

1. „Wie äussert sich die Einflussnahme von Partei und Staat auf traditionelle Medien einerseits und auf das Internet andererseits im Sinne der Informationskontrolle?“
2. „Bedingen die technisch vielfältigeren Möglichkeiten des Internets zur Informationsverbreitung eine Abkehr von für traditionelle Medien geltenden Vorgehensweisen der Informationskontrolle?“ wobei ebenfalls zu untersuchen wäre, ob auch zwischen den als „traditionell“ zusammengefassten Mediengattungen Presse und Rundfunk bereits Unterschiede bestünden. Neben Unterschieden soll auch nach Parallelen gesucht werden.

Wie die Theorie über das chinesisch-kommunistische Mediensystem verdeutlicht hat, ist die unmittelbare Kontrolle des Systems durch die Partei und den Staat von essentieller Bedeutung. Die Verantwortlichen werden folglich alles unternehmen, um die Kontrolle auszuüben und aufrechtzuerhalten.

Die Hypothese zu Frage eins lautet: **„Die Vermutung liegt nahe, dass die Volksrepublik mit ihren zur Bürokratie neigenden Behörden die Kontrolle der Medien über unzählige Gesetze und Verordnungen ausübt.“**

Wieso steht zur Beantwortung von Frage zwei ein komparativer Ansatz im Mittelpunkt? Das Internet entspricht nicht der klassischen Auffassung eines Mediums. Viel eher handelt es sich beim Internet um eine Kommunikations-Infrastruktur, die (unter anderem) auch zum Transport von massenmedialen Inhalten benutzt werden kann. Die Zulässigkeit eines Vergleichs, wie er in dieser Arbeit angestrebt wird, kann deshalb durchaus kritisch hinterfragt werden. Wird in dieser Arbeit vom Medium Internet gesprochen, so sind nur diejenigen Teiltechnologien gemeint, die gemäss der Definition von Massenkommunikation¹¹ zur Informationsverbreitung genutzt werden.

¹¹ „Unter Massenkommunikation soll mithin jener Prozess verstanden werden, bei dem Aussagen öffentlich (d.h. ohne begrenzte oder personell definierte Empfängerschaft), indirekt (d.h. bei räumlicher oder zeitlicher oder raum-zeitlicher Distanz zwischen den Kommunikationspartnern) und einseitig (d.h. ohne Rollenwechsel zwischen Aussagendem und Aufnehmendem), durch technische Verbreitungsmittel (sog. „Massenmedien“) an ein disperes Publikum (im oben definierten Sinne) vermittelt werden.“ (BURKART 2002: 171)

Die traditionellen Medienprodukte werden durch professionelle Angestellte erstellt. Auch im World Wide Web finden sich unzählige solcher Produkte, die meistens in einem Unternehmen entstehen, das ursprünglich nur traditionelle Medienprodukte hergestellt hat—aber eben nicht nur. Jedermann ist heutzutage über Foren und Blogs in der Lage, seine Meinung zu einem Thema zu äussern und diese der surfenden Welt kund zu tun.

Der komparative Ansatz könnte vereinfacht werden, indem man sich bei der Untersuchung auf ebensolche professionelle Online-Redaktionen beschränken würde, die denjenigen Redaktionen von traditionellen Medien (Print wie auch Radio und TV) sehr nahe kommen. Andererseits besteht der Reiz dieser Untersuchung eben gerade darin, die Zensur-Bestrebungen der Behörden unter deutlich gewandelten Bedingungen zu betrachten: Informationen können nicht mehr nur durch einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung (den Medienschaffenden) erstellt und verbreitet werden. Theoretisch jedermann, der der geschriebenen Sprache mächtig ist und Zugang zum Internet hat, ist es dank der Internet-Technologie möglich, zum Publizisten zu werden.

Die Hypothese zu Frage 2 lautet deshalb: „**Es darf angenommen werden, dass der Staat im Internet-Bereich völlig anders vorgehen muss, um erfolgreich Zensur zu betreiben, als er dies bei traditionellen Medien tut.**“

Es ist klar, dass auf Grund des Umfanges der Arbeit die beiden Fragenkomplexe nicht in der erforderlichen Tiefe ausgeführt werden können. Ziel ist es, die wichtigsten Elemente der Informationskontrolle aufzuzeigen und zu vergleichen.

6 Methode

Auf Grund des Kernthemas „Vergleich zwischen Mediengattungen“ handelt es sich bei dieser Arbeit primär um eine Synthese aus bereits vorhandener Forschungsliteratur.

Zur Erlangung von Antworten werden also keine typischen Methoden der Kommunikationswissenschaft wie beispielsweise die Inhaltsanalyse von Zeitungen, Radiosendungen, Nachrichtenshows oder Web-Sites herangezogen (zumal dies den Autor vor unüberwindbare sprachliche Probleme stellen würde). Auch sollen hier keine Einzelschicksale von Medienschaffenden oder Cyberdissidenten nach ihren Vergehen aufgeschlüsselt und quantitativ (oder qualitativ) analysiert werden. Im Blickpunkt steht viel eher das Zusammenspiel zwischen dem politischen System und dem Mediensystem.

6.1 Forschungsstand

Gesucht war folglich Forschungsliteratur, die das chinesische Mediensystem charakterisiert und dabei vielleicht auch gleich aufzeigt, wie der Staat die Informationskontrolle ausübt. Auf Grund der Sprachbarriere konnte hierzu Literatur chinesischer oder anderer asiatischer Sprachen nicht verwendet werden—wobei sowieso zu bezweifeln ist, dass in der chinesischen Medien- und Kommunikationswissenschaft ein freier und öffentlicher Diskurs über „information control“ stattfindet.

Bei der Suche nach Literatur wurde ein fortschrittlicher Weg eingeschlagen: Zu grossen Teilen wurde das WWW als Informationsquelle herangezogen, auf Bücher konnte abgesehen von einigen Fällen verzichtet werden. Zunehmende Bedeutung erlangt auch *Google Book Search*¹², mit welchem aktuelle Bücher mit einer Volltextsuche durchsucht und digital durchgeblättert werden können.

Nach der abgeschlossenen Literatur-Recherche darf gesagt werden, dass heute, im Jahre 2006, eine Vielzahl an Publikationen zu diesem Thema frei zugänglich sind und deren Qualität den gewünschten wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Man könnte gar so weit gehen und behaupten, dass die gedruckten Informationen oftmals bereits wieder veraltet sind, da sich das Mediensystem Chinas in den letzten Jahren stetig geändert hat.

¹² <http://books.google.com/>

Mediensystem: Sehr hilfreich waren zwei im Internet publizierte Arbeiten von DORIS FISCHER, in denen die Autorin Presse und Rundfunk in China vorstellt. Als Wirtschaftswissenschaftlerin mit Forschungsschwerpunkt Ostasien haben wirtschaftliche Aspekte in den Untersuchungen einen höheren Stellenwert, nichtsdestotrotz liefern beide Publikationen aber auch für die Untersuchung der Zensur und Informationskontrolle nützliche Hinweise.

Ein bald zehn Jahre alter Text von *Todd Hazelbarth* steht auf dem Web-Server der *Central Intelligence Agency* zum Download bereit. Die ganzheitliche Betrachtung des chinesischen Mediensystems war sehr hilfreich. Bei Diskrepanzen quantitativer und qualitativer Art, die sich durch das Alter der Arbeit ergaben, wurde neuere Publikationen als massgebend betrachtet.

Die *Congressional Executive Commission on China* der Vereinigten Staaten von Amerika stellt in ihrer „Virtual Academy“ Übersetzungen von Verfassungs- und Gesetzestexten zum Download bereit, die die wichtigsten Erlasse für den ganzen Mediensektor bis 2004 enthalten. Die Artikel sind in vielen der gefundenen Publikationen umschrieben und werden interpretiert—wer an den „Originalartikeln“ interessiert ist, zieht diese Sammlung heran (CECC 2006b).

Für die Arbeit leider zu spät entdeckt, aber als sehr nützlich könnten sich Artikel in der *International Communication Gazette*¹³ erweisen, die sich mit vielfältigen Aspekten des chinesischen Mediensystems befassen. Einzig der Artikel von HOUCHIN WINFIELD konnte noch verarbeitet werden, da er wertvolle Erkenntnisse zur Ergänzung des Theorieteils beisteuern konnte (HOUCHIN WINFIELD/PENG 2005).

Medienschaffende: Eine rege Publikationstätigkeit offenbart sich nicht zuletzt bei NGOs wie *Human Rights Watch*, *Human Rights In China*, *Committee to Protect Journalists (CPJ)*, *International Press Institute (IPI)* oder *Reporters Sans Frontières (RSF)*. Da die Veröffentlichungen aber teils nicht ausreichend wissenschaftlicher Natur sind (BECKER 2003), wurde versucht, sich nicht nur ausschliesslich auf solche Berichte zu stützen.

Internet: Die Online-Redaktion des deutschen Verlags *Heinz Heise*, bekannt für seine zwei IT-Magazine *c't* sowie *iX*, berichtet regelmässig über Vorkommnisse im Reich der Mitte. Die unzähligen im Online-Archiv zugänglichen Nachrichten befassen sich mehrheitlich mit

¹³ <http://gaz.sagepub.com/>

Vergehen von Cyberdissidenten im Internet und der Kritik an westlichen IT-Unternehmen. Berichte über Einzelschicksale sind oftmals in einen grösseren Kontext eingebettet.

In einem bereits etwas älteren, aber sehr fundierten Artikel beschreibt JACK LIU den Stand der Informationskontrolle und Zensur im Internet zur Jahrtausendwende. Liu zeigt—wie auch mit dieser Seminararbeit beabsichtigt—Unterschiede zu den traditionellen Massenmedien auf, auch wenn es ihm nicht primär um einen Vergleich geht (QIU 1999).

In einem umfangreichen und äusserst aktuellen Artikel erläutert die *OpenNet Initiative* auf ca. 60 Seiten über die im Einsatz stehenden Filter-Technologien für den Internet-Verkehr in China. Ergänzt wird die Untersuchung von *Tsui Lokmann* mit seiner Master-Arbeit aus dem Jahre 2001, wo auch ein wissenschaftstheoretischer Hintergrund zum Thema Überwachung geliefert wird.

7 Ergebnisse

Auf den nächsten Seiten wird die erste Frage der Fragestellung beantwortet. Der eigentliche Vergleich von traditionellen Medien zum Internet in China, der die zweite Frage beantwortet, erfolgt danach im Abschnitt *Fazit*.

7.1 Printmedien & Rundfunk

Die Zusammenfassung dieser beiden traditionellen Medien und deren abschliessende Behandlung in einem Abschnitt kann durchaus in Frage gestellt werden. Wie FISCHER in ihrer Arbeit bemängelt, passiere diese Vermischung und Gleichsetzung von Print- und Rundfunkmedien immer wieder—dabei habe gerade die Forschung über westliche Mediensysteme gezeigt, dass zwischen diesen beiden Mediengattungen teils erhebliche Diskrepanzen in der staatlichen Einflussnahme bestehen. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Forschung selber ein Augenmerk auf Printmedien gelegt und den Rundfunk vernachlässigt hat (FISCHER 2003: 5f.). Zwecks eines Vergleichs traditioneller Medien und des Internets, sowie angesichts des beschränkten Umfangs der Arbeit wird über dieses Faktum hinweggesehen.

7.1.1 Vorzensur in der einheimischen Berichterstattung

Generell hervorzuheben ist, dass es einerseits—wie erwartet—Themenbereiche gibt, über die in Massenmedien schlichtweg nicht berichtet werden darf. Als Tabu gilt etwa, die Rechtmässigkeit der Alleinherrschaft der KPC zu hinterfragen und die Autorität der Parteiführung anzuzweifeln (HAZELBARTH 1997). Andererseits herrscht aber auch ein Zwang, gemäss der kommunistischen Theorie ausgewählte Parteipropaganda zu veröffentlichen (SIEBERT/PETERSON/SCHRAMM 1956: 140).

In „propaganda circulars“, die vom Propaganda-Departement an alle Medienunternehmen versandt werden, greift die Partei vor, während und nach Ereignissen heikle Themen auf und schreibt den Redaktionen vor, wie die Berichterstattung im jeweiligen Fall¹⁴ auszusehen hat (ESAREY 2006: 4). Bei besonders heiklen Themen können die Massenmedien angewiesen

¹⁴ ESAREY führt zwei Beispiele an: a) die Verharmlosung des explosiven Preisanstiegs von Reis im Jahr 2003 und b) das Verbot, zu Deng Xiaopings 100. Geburtstag über kritische Abschnitte in dessen Leben zu berichten (ESAREY 2006: 4f.).

werden, die offizielle Berichterstattung der staatlichen Agentur *Xinhua* abzuwarten und wortwörtlich zu übernehmen (FISCHER 2001: 10f.). Die Zirkulare sind mit keinem Verfallsdatum versehen, was deren Einhaltung erschwert: Die Verantwortlichen müssten im Grunde alle je erschienene Rundschreiben im Hinterkopf haben—ein Ding der Unmöglichkeit.

Die „propaganda circulars“ werden von verschiedenen Stellen in der Hierarchie gelesen, interpretiert, mit eigenen Anmerkungen erweitert und danach an die nächsttieferen Stelle weitergeleitet. Im Zweifelsfalle müssen Medienschaffende Rücksprache mit internen und/oder offiziellen Stellen halten, wobei „during this process, reports can be delayed, revised or cut complete“ (ESAREY 2006: 5). Soll in einem Zeitungsartikel beispielsweise Kritik an einer staatlichen Institution oder einem Funktionär geübt werden, ist dazu eine Besprechung nötig, an der der Autor, die kritisierte Person und deren Vorgesetzte anwesend sein und ihr Einverständnis zur Publikation geben müssen. Umgangssprachlich wird dieses Vorgehen „Three Meetings, Three Nods of the Head“ genannt (QINGLIAN 2004: 12).

Nachrichtenproduzenten obliegt zusammenfassend die Aufgabe, Informationen je nachdem zu verschweigen, durch weglassen abzuschwächen, durch übertriebener Betonung zu verstärken oder durch einen gewissen „Spin“ der offiziellen Sichtweise der Partei anzupassen, auch wenn das gezeichnete Bild dann gar nicht mit der Realität übereinstimmt. Dies alles, ohne dass die Redaktionen ein Mitspracherecht besitzen, wann und wie solche Massnahmen erlassen werden.

Unabhängig von diesen Formen der (mehr oder weniger freiwilligen) Vorzensur geschieht eine nachträgliche Sichtung der Medienprodukte durch das Propagandadepartement. In monatlich erscheinenden Evaluationen äussern sich die mit der Sichtung der Medien beauftragten Parteikader über problematische Trends in der Berichterstattung. Die Evaluation erreicht alle Medienunternehmen (ESAREY 2006: 5).

7.1.2 Erschwerete Zensur ausländischer Informationsquellen

In Zeiten des rasanten globalen Informationsaustausches machen unerwünschte Nachrichten kaum mehr an Landesgrenzen halt. In einem totalitären Mediensystem des 21. Jahrhunderts hat

der Staat folglich nicht nur die internen Informationsflüsse zu steuern, sondern muss auch die von aussen an das Land herangetragenen Nachrichten der Informationskontrolle unterwerfen.

Während diese Seminararbeit verfasst wurde, erliess China eine Regelung, die der Xinhua News Agency die Aufsicht über die Verbreitung ausländischer Nachrichten innerhalb des Landes überträgt. Mit diesem Auftrag ist auch eine strikte Zensur von Texten und Photographien verbunden, die als anstössig empfunden werden (COMMITTEE TO PROTECT JOURNALISTS 2006). In Anhang 3 auf S. 44 sind die verbotenen Inhalte aufgelistet.

Die Installation von privaten Satellitenempfangsanlagen war beim Aufkommen von Satelliten-Fernsehen aus eben diesem Grund verboten, bis die chinesischen Behörden einsahen, dass sie die Einhaltung des Verbotes nicht sicherstellen konnten. Wer heute Satellitenempfänger in Betrieb nehmen will, muss diese bei staatlichen Stellen lizenziieren und verpflichtet sich, nur erlaubte Kanäle und diese nur während den festgelegten Empfangszeiten zu konsumieren (HAZELBARTH 1997). Nur grosse Hotels mit westlichen Gästen verfügen über einen unbeschränkten Zugang zu Satellitensendern aus dem Ausland (QINGLIAN 2004).

In weiten Teilen des Landes ist es (theoretisch) möglich, über ausländische Satelliten unzensierte Fernsehprogramme zu empfangen. Das Beispiel *STAR TV*, eine Senderkette, die 1993 teilweise und 1995 vollständig von Rupert Murdoch übernommen wurde, zeigt aber, wie dennoch Zensur betrieben werden kann: Auf Druck staatlicher Stellen musste 1994 der Sender *BBC World Service* aus dem Programmpaket genommen werden (LYNCH 1999: 18). Auch Mediencycoon Murdoch schien also—trotz vorangegangener blumiger Aussagen wie „[...] satellite broadcasting makes it possible for information-hungry residents of many close societies to bypass state-controlled television channels“ (STRAUBHAAR 2005)—in einer Güterabwägung die freiwillige Zensur einem vollständigen Empfangsverbot (begleitet von einem Verlust von Werbeeinnahmen) in China vorzuziehen. Die im Nachgang dazu geformte Senderkette *Phoenix Satellite TV* arbeitet mit einem chinesischen Sender zusammen, der die Informationssendungen für das chinesische Festland anpasst, wenn auch mit einer laxeren Zensur als beispielsweise CCTV (MAN CHAN 2003: 167). Ausländische Betreiber vermeiden es vorsorglich, das Informationsmonopol von Partei und Staat zu bedrohen und konzentrieren sich auf harmlose Unterhaltungsangebote, um Zutritt zum chinesischen Markt zu erhalten (FISCHER 2003: 19).

Um die ausländischen Rundfunk-Signale besser kontrollieren zu können, zwingt der Staat Bewohner der fortschrittlichen Metropolen Shenzhen und Guangzhou, TV-Programme über Kabelanschlüsse zu konsumieren. Bei heiklen Sendungen kann es durchaus vorkommen, dass Bild und Ton für einen gewissen Zeitraum ausbleiben, weil die Zensoren das Material für gefährdend eingestuft haben und die Übertragung unterbrechen (QINGLIAN 2004: 17).

7.1.3 Nicht zu unterschätzen: Vertrauensleute

Neben den genannten Mittel zur „information control“ existiert aber noch ein weiteres, viel probateres Mittel, um Nachrichtenproduzenten in Schach zu halten: Die persönliche Kontrolle.

Die meisten Direktoren von Medienunternehmen werden nach eingehender Prüfung durch die KPC auf vakante Posten gehoben. Leitende Angestellte in Medienunternehmen sind mehrheitlich Mitglieder der Partei, womit sich die KPC einen direkten Draht zu den Inhabern von Schlüsselstellen sichert. Die eingesetzten Personen sind gegenüber der Partei für alle veröffentlichten Nachrichten verantwortlich und haben in Ernstfall die Konsequenzen ihres Tuns zu tragen. Wer scheitert, wird strafversetzt oder entlassen—eine rechtliche Rekursmöglichkeit besteht nicht. Wer dagegen dem Regime wohlgefällig erscheint, wird mit Beförderung auf einen Posten innerhalb der Partei oder der Behörden belohnt (ESAREY 2006: 3).

Redaktoren und Journalisten bleiben nicht vor dem Einfluss der Partei verschont: Einerseits sind sie allesamt in einem nationalen Register erfasst, andererseits müssen sie jährlich zu „Weiterbildungskursen“ antreten, wo ihnen in gegen 50 Lektionen Themen wie Marxismus, Ethik, Urheberrecht und vieles mehr näher gebracht werden. Als weiteres Druckmittel erhalten Journalisten ihr Salär in der Regel erst **nach** der Veröffentlichung ihrer Reportagen—ein gelungenes Beispiel forcierte Selbstzensur. Einige Elite-Zeitungen sind aus verkaufstaktischen Gründen dazu übergegangen, Journalisten absichtlich zensurgefährdete Reportagen schreiben zu lassen und die Autoren angesichts der Salärpraxis eigenhändig dafür zu entlönen (FREEDOM HOUSE 2005).

7.1.4 Ahndung von Verstößen

Werden Verstöße begangen, verfügen Partei und Staat über eingespielte Mechanismen, um diese Abzuschwächen und die Verantwortlichen zurechzuweisen (ESAREY 2006: 6):

- Mittels **Klarstellungen** müssen Urheber anstössiger Zeitungsberichte die ursprüngliche Haltung umkehren oder aber einen anderen, harmloseren Blickwinkel auf ein Ereignis werfen.
- Wurde der Verstoss in einer TV-Sendungen begangen, kann vom Propagandadepartement deren **Wiederholung** verboten werden.
- Bei schweren Vergehen kann es vorkommen, dass an einem Bericht Beteiligte und deren Verantwortliche **entlassen** werden. Als mildere Bestrafung gilt die **Versetzung** auf Posten¹⁵, bei denen Medienschaffende keinen „Schaden“ mehr anrichten könnten.
- In besonderen Fällen werden Journalisten und Redakteure in **Gewahrsam** genommen. Ihnen drohen langjährige Haftstrafen¹⁶, da die chinesische Justiz im Interesse der Partei handelt.
- Das Korrektiv für schwerste Verstöße lautet **Entzug der Lizenz**. Wurde einem Medienunternehmen die Lizenz entzogen, dürfen keine Medienprodukte mehr hergestellt werden und alle Mitarbeiter verlieren ihre Anstellung.

7.2 Internet

Zur systematischen Untersuchung des Internets als Massenmedium eignet sich eine feinere Einteilung der von der Zensur betroffenen Akteure in folgende drei Gruppen:

- **Produzenten** von potentiell unerwünschten Informationen (Beispiel: Online-Redaktion, Blogger, Foren-Teilnehmer)

¹⁵ In einem im Frühjahr 2006 publik gewordenen Fall wurden zwei allzu kritische Redakteure einer Grosszeitung in die „Medieforschungsabteilung des landesweiten Blattes der kommunistischen Jugendliga“ abgeschoben (ZEIT ONLINE 2006).

¹⁶ Im Jahre 2004 wurden zwei leitende Kader einer Zeitung zu 12 resp. 11 Jahren Gefängnis verurteilt (ESAREY 2006: 6).

- **Vermittler** von potentiell unerwünschten Informationen (Beispiel: ISPs¹⁷, Satellitenbetreiber, Internet-Cafés)
- **Konsumenten** von potentiell unerwünschten Informationen (Beispiel: Surfer)

Im Laufe der Recherchen hat sich gezeigt, dass der chinesische Staat zur Informationskontrolle im Internet auf den drei genannten Ebenen agiert. Dies stellt ein deutlicher Unterschied zu der Kontrolle der traditionellen Mediengattungen dar, wo das Hauptaugenmerk auf den Produzenten liegt.

7.2.1 Produzenten

Die staatliche Zensurbemühungen richtet sich auch bei dieser Mediengattung vornehmlich auf die Produzenten von Informationen, nicht auf deren Empfänger. Betreiber von Web-Sites müssen sich bei den Behörden registrieren und benötigen eine Bewilligung für ihre Aktivitäten (ZEIDLER 2005: 34f.).

Online-Redaktionen verzichten darauf, bei ihrer Berichterstattung auf die offiziellen Berichte von Xinhua zu warten. Ganz bewusst besucht man ausländische Nachrichtenportale und zitiert deren Neuigkeiten in eigenen Artikel mit explizitem Hinweis auf den Autor. So ist es möglich, kritische Berichte zu veröffentlichen und dennoch nicht dafür belangt zu werden—frei nach der Rechtfertigung „.... ich selber habe ja nichts kritisiert, sondern nur die Kritik wiedergegeben, die ein westlicher Redaktor verfasst hat!“. In der Zwischenzeit sind die Behörden aktiv geworden und verlangen neben einer Lizenz zur Nachrichtenproduktion auch, dass als Quellen nur noch Informationen von grösseren chinesischen Medienunternehmen verwendet werden dürfen (MAN CHAN 2003: 170). Ähnlich wie für Produkte der traditionellen Medienbetrieben existiert auch für Inhaltsproduzenten im World Wide Web ein Katalog verbotener Inhalte (vgl. Anhang 1 auf Seite 44).

Die enorme Informationsfülle des Internets kann nur durch einen riesigen Stab an Zensurbeamten bewältigt werden. Gemäss Schätzungen von *Reporter ohne Grenzen* sind über 30'000 Beamte in der Überwachung und Überprüfung von Inhalten beschäftigt. Doch selbst

¹⁷ „Internet Service Providers“; Zugangsanbieter wie hierzulande Bluewin, Cablecom, Sunrise etc.

diese immense Zahl an Zensur-Mitarbeitern scheint nicht zu genügen: Die Behörden zeigen erfolgreich, wie auch Zivilpersonen in Form eines „virtuellen Blockwartes“¹⁸ zur Überwachung von Foren und Blogs herangezogen werden. Diese—meist Studenten—verrichten ihre Arbeit oft unentgeltlich (QIU 1999: 15).

Dank Gummiparagraphen ist es dem Staat ein Leichtes, Blogger und Forenteilnehmer wegen „konterrevolutionärer Vergehen“, „Aufruf zur Subversion“ oder „Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ anzuklagen (AMNESTY INTERNATIONAL 2002: 5).

QIU kennt drei Saktionsmöglichkeiten gegen Verstöße durch Produzenten von Inhalten (QIU 1999: 15) ...

- **System-Administratoren**, die ihren Aufsichtspflichten nicht nachkommen, können sanktioniert, gebüsst oder gar entlassen werden.
- Server, auf denen unerlaubte Inhalte publiziert worden sind, können temporär **vom Netzwerk getrennt** werden, bis die beanstandeten Informationen gelöscht worden sind.
- Die wohl schwerwiegendste Sanktion ist der **Einzug der Betriebslizenzen**. Bisher ist nur ein Fall bekannt geworden, in dem eine solche Bestrafung ausgesprochen wurde.

... zudem beschreibt er, welche Möglichkeiten zur Bestrafung von gewöhnlichen Internet-Benutzern vorgesehen sind, die sich in Foren in unangebrachter Weise öffentlich kundtun:

- Das **Löschen anstössiger Nachrichten** ist wohl das am häufigsten praktizierte Vorgehen bei kleineren Verstößen.
- Hält sich ein Nutzer wiederholt nicht an die Anweisungen, so kann sein **Benutzer-Konto für eine gewisse Zeit gesperrt** werden.
- Versanden die vorangegangenen Massnahmen, kann das Benutzer-Konto gelöscht werden. Obwohl die Behörden in solchen Fällen über die Vorfälle informiert werden möchten, um den Übeltäter zu belangen, geschieht dies in den wenigsten Fällen.

¹⁸ Der Begriff „Blockwart“ entstammt dem Nationalsozialistischen Deutschland der 30er-Jahre. Blockwarte waren in der Hierarchiestufe der NSDAP an der Basis angesiedelte Parteimitglieder, denen 40 bis 60 Haushalte anvertraut waren. Die Warte übernahmen Propaganda- wie auch Bespitzelungs-Aufgaben (WIKIPEDIA 2006a).

7.2.2 Vermittler

Im Internet-Bereich können drei massgebende Vermittler ausgemacht werden: Internet-Cafés, ISPs sowie Suchmaschinenbetreiber. Deren Rolle in Zensurangelegenheiten soll nachfolgend getrennt erläutert werden.

In den letzten Jahren werden immer wieder Meldungen von umfangreichen Schliessungen von **Internet-Cafés**¹⁹ publik. Mindestens zwei Mal erfolgten Schliessungen einer vier (KURI 2002b) resp. fünfstelligen Zahl an Lokalen. Die Gründe sind mannigfaltig: Sie reichen von ungenügender Einhaltung der Brandschutzvorschriften (KURI 2002a) über die verbotene Nähe zu Schulhäusern (ZIEGLER 2005c) bis zum mangelhaften Jugendschutz (WILKENS 2004c). Ausländische Kommentatoren sehen die für die Schliessungen vorgebrachten Argumente teilweise als fadenscheiniger Vorwand der Behörden. In Tat und Wahrheit ging es den ausführenden Stellen darum, den Zugang zum Internet von Zeit zu Zeit frisch zu reglementieren.

Wer es sich in China leisten kann, lässt sich heute **zu Hause einen Internet-Anschluss** installieren. Es bestehen zwar Zugangs-Angebote verschiedener Anbieter²⁰, doch alle sind sie untrennbar an staatliche Institutionen gebunden. Um ihre Lizenzen nicht zu verlieren, arbeiten sie aktiv mit den Behörden zusammen und verfolgen Rechtsverletzungen freiwillig.

Verlässt Datenverkehr das Land, so geschieht dies über eine überblickbare kleine Zahl leistungsfähiger Leitungen (manche Quellen sprechen von nur gerade fünf sog. „Backbones“, andere von 25 Leitungen) die allesamt der *China Internet Corporation* gehören. Diese Gesellschaft ist Teil der *Xinhua News Agency*, der staatlichen Nachrichtenagentur (QIU 1999: 13).

Neben einem staatlich kontrollierten Filter- und Blockiersystem (s. Abschnitt 7.2.3) kann die chinesische Regierung auch auf die Kooperation von **Suchmaschinen-Anbieter** zäh-

¹⁹ Für einen ausgesprochen detaillierten Blick auf die technische Einrichtung und das Ambiente in China weit verbreiteten Internet-Cafés sei auf eine Studie von *Human Rights In China* hingewiesen (HUMAN RIGHTS IN CHINA 2005).

²⁰ Qiu zählt folgende vier staatliche Organisationen, die Netzwerke unterhalten: CNNET (ChinaNet), CNGBN (GBNet) für Unternehmen und Private sowie CERNET und CSTNET, die den Internetzugang für akademische Institutionen bereitstellen (QIU 1999: 14). Nur diesen vier Anbietern ist es erlaubt, Netzwerkverbindungen zum globalen Internet zu unterhalten. Im Jahr 2001 gab es über 620 ISPs in China, die Dienstleistungen dieser vier Organisationen beziehen (OPENNET INITIATIVE 2005).

len. Denn bevor jemand eine Web-Seite aufrufen kann, die möglicherweise subversive Informationen enthält, muss der Internet-Surfer deren Adresse (URL, „Uniform Resource Locator“) kennen. In den meisten Fällen wird eine Informationsquelle mittels einer Suchmaschine ermittelt, weshalb es durchaus Sinn macht, bereits hier mit der Zensur zu beginnen. Bewusst werden Seiten aus Resultaten von Suchanfragen entfernt, falls diese von den Zensurbehörden beanstandet wurden (KURI 2006b). Suchmaschinenbetreiber verhindern teilweise gar die Suche nach heiklen Begriffen.

Gerade den drei grossen westlichen Suchmaschinenbetreibern Google, Yahoo! und MSN brandet in dieser Hinsicht Kritik entgegen: Die Betreiber steckten mit der chinesischen Regierung unter einer Decke und missachteten westliche Grundwerte, so die Klagen der Menschenrechtsorganisationen. Die Betreiber wiederum entgegnen, dass sie sich als Markteilnehmer den Gesetzen Chinas unterwerfen müssten, wie sie sich auch den Gesetzen der anderen Länder unterwerfen würden (WILKENS 2006i).

7.2.3 Konsumenten

Mittels eines ausgeklügelten staatlichen Filter- und Blockiersystems, das an den wenigen Übergängen ins ausländische Internet angebracht ist, ist es dem chinesischen Staat möglich, Web-Sites ganz (sog. „Domain-Blocking“) oder teilweise (sog. „Page-Blocking“) zu blockieren. Neben statischen Listen soll mittlerweile auch ein Echtzeit-Filter aktiv sein, der alle eingehenden Informationspakete nach Schlagwörtern durchsucht und die Übermittlung gegebenenfalls unterbricht. Diese Entdeckung ausländischer Wissenschaftler zeigt auf, dass zwar einerseits die Techniken zur Umgehung der Zensur immer ausgefeilter werden, andererseits aber der Staat seine Zensurmittel auch dementsprechend kontinuierlich aktualisiert, verbessert und verfeinert (OPENNET INITIATIVE 2005).

Eine weitere wissenschaftliche Untersuchung aus dem Jahre 2003 (ZITTRAIN/EDELMANN 2003: 73f.) erläutert mit Hilfe empirischer Tests die von den Filtern blockierten Themenbereiche:

- a) Dissident/Democracy Sites b) Health (SARS, AIDS, Hunger) c) Education (ausländische Universitäten) d) News e) Government Sites (Informationen über Verfassungen und

Rechtssystem) f) Taiwanese and Tibetan Sites g) Entertainment (Sexuelle Angebote) h) Religion (Falun Gong)

Besucher von Internet-Cafés werden spätestens seit Herbst 2002 durchgehend überwacht. Seit diesem Zeitpunkt sind nämlich Betreiber von Internet-Cafés von Gesetzes wegen verpflichtet, Verstöße ihrer Benutzer umgehend zu melden und diese anzuseigen (ZIEGLER 2005c). Eine Registrierung mit amtlichen Ausweisen ist beim Betreten der Cafés deshalb Pflicht (ZEIDLER 2005: 35). Jede Bewegung des Kunden im Internet wird in Log-Dateien aufgezeichnet, welche für 60 Tage zurückbehalten werden müsse (OPENNET INITIATIVE 2005: 3).

7.3 Fazit

Obwohl Gesetzeserlasse eine immer bedeutendere Rolle zur Informationskontrolle in den Massenmedien spielen, bedienen sich die staatlichen Zensoren deutlich ausgefilterter Mittel, um Informationen zu unterdrücken. Als effizienter erweist sich die Machtausübung durch die Besitzverhältnisse und die Besetzung der relevanten Stellen mit Vertrauenspersonen, die enge Verbindungen zu den Machthabern aufweisen. Die personelle Kontrolle hat ein deutlich stärkeres Gewicht als alle Gesetze zusammen.

Durch personelle Einflussnahme und wirtschaftliche Sanktionen kann die grosse Mehrheit der Akteure zur freiwilligen Selbstzensur bewogen werden. Ergänzt werden diese Massnahmen durch ausgeklügelte Hierarchien und einen grossen behördlichen und parteilichen Apparat, der sowohl vor wie auch nach der Publikation von Informationen aktiv wird.

Die weitreichenden wirtschaftlichen Sanktionsmöglichkeiten bis hin zum Entzug der Lizenz oder die Vorenthaltung des Salärs bei Verstößen stellen eine weitere Drohkulisse dar, um sich Produzenten der freiwilligen Zensur unterwerfen zu lassen. Wegen der nicht unabhängigen Justiz können solche Entscheide auch nicht angefochten werden.

Hypothese 1 kann deshalb nur teilweise bestätigt werden. Gesetze spielen durchaus eine Rolle, sind aber eher als letztes Mittel zur Durchsetzung der Informationskontrolle zu sehen. Vorangeschaltet sind deutlich wirksamere Sicherungen, die direkt auf Personen und Unternehmen abzielen.

Bezüglich Hypothese 2 lässt sich sagen, dass Partei und Staat mit dem Aufkommen und der Verbreitung der Internet-Technologie vor neue Probleme der Informationskontrolle gestellt wurden. Wo es sich als praktikabel erwies, hat man bestehende Massnahmen auf das neue Medium übertragen, wo hingegen nicht, wurden neue Lösungsansätze gesucht und gefunden. Rein quantitativ finden sich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede, doch die genannten Unterschiede haben einen höheren Stellenwert in der Informationskontrolle:

7.3.1 Gemeinsamkeiten

- Für alle Mediengattungen existieren vom Staat produzierte Listen mit nicht geduldeten Themen.
- Die gesetzgeberische Tätigkeit dehnt sich zunehmends aus, schrittweise, da der Gesetzgeber selber keine klare Vorstellung hat, wohin sich die Mediengattungen entwickeln (FISCHER 2003: 9). Die Rechtserlasse folgen keiner vorher festgelegten allumfassenden Strategie, sondern entstehen aus aktuellem Anlass—oftmals ausgelöst durch Innovationen und neue Vorgehensweisen der mutigeren Medienunternehmen (MAN CHAN 2003: 160).
- Veröffentlichungen in Printmedien wie im Internet unterstehen Gesetzen, die festlegen, welche Inhalte geduldet sind und welche nicht. Das geltende Recht ist mit Absicht schwammig formuliert, weshalb Gesetzesartikel auf fast alle Vergehen zurechtgebogen werden können. Die Interpretationshoheit obliegt auf Grund der fehlenden Gewaltentrennung ausschliesslich bei der Partei selbst (FISCHER 2001: 10).
- Sowohl im Internet als auch bei den traditionellen Massenmedien existieren abgestufte Vorgehensweisen zur Bestrafung von Fehlverhalten. Je nach Schwere des Vergehens werden Verantwortliche stärker oder schwächer bestraft.
- Web-Site-Betreiber im Internet benötigen—analog zu anderen Anbietern und Produzenten von massenmedialen Inhalten wie Zeitungen, Radio- und Fernsehsender—über eine Erlaubnis, die durch die Behörden ausgestellt wird.

- Besitzer von Satelliten-Empfangsanlagen, Personen, die sich zu Hause einen Internetanschluss installieren lassen sowie Besucher von Internet-Cafés werden registriert. Dies kann als äusserst effektives psychologisches Mittel verstanden werden, um die Konsumenten einzuschüchtern und zu einem konformen Verhalten zu bewegen. LOKMAN (2001: 13) zieht den Vergleich zur Konstruktion des sogenannten „Panoptikons“, einem Gefängnis, dessen Zellen von einem zentralen Punkt überwacht werden können.
- Die Überprüfung der Einhaltung der Gesetze überfordert die staatliche Seite mit Blick auf ihre Ressourcen. Mit Priorität werden die Aushängeschilder—wie beispielsweise die 19-Uhr-Nachrichten von CCTV—kontrolliert, nicht aber die Mitternachts-Nachrichtensendung. Die Massenmedien wissen dies und stossen mit ihrer Berichterstattung vermehrt in Grauzonen vor (HAZELBARTH 1997). Solches Verhalten lässt sich im Internet noch viel deutlicher beobachten, da die Kontrolle hier auf Grund der Vielzahl an Kommunikationskanälen deutlich schwieriger ist.

7.3.2 Unterschiede

- Bei traditionellen Massenmedien reicht es aus, die Produzenten von Inhalten zu überwachen. Im Internet dagegen kommen zusätzlich auch die Vermittler und die Konsumenten die Informationskontrolle zu spüren.
- Im Internet-Sektor investieren Partei und Staat deutlich mehr Energie in das Filtern und Blockieren unangenehmer Informationen, während in den traditionellen Massenmedien unerwünschte Inhalte durch mannigfaltige Arten der Selbstzensur mehrheitlich gar nicht entstehen können.
- Die Presse- und Rundfunk-Landschaft ist geographisch segmentiert. Zeitungen und TV-Sender sind an die jeweilige politisch-administrative Einheit (Gemeinde, Grossstadt, Provinz) gebunden und werden von Partefunktionären auf dieser Stufe überwacht. Eine Expansion der Medienerzeugnisse wird aus machtpolitischen Gründen argwöhnisch betrachtet und kommt selten vor. Im Internet dagegen ist eine solche Schichtung nicht praktikabel. Die Kontrolle findet bei kommerziellen Angeboten durch die Betreiber der

Web-Sites statt, bei privaten Publikationen durch die Zentralbehörden (MAN CHAN 2003: 163f.).

- Im Unterschied zu den übrigen Massenmedien gibt es im chinesischen Internet keine Pflicht, neben der Einhaltung von Zensurbestimmungen auch Parteipropaganda zu verbreiten (Online-Redaktionen ausgeschlossen). Dies Pflicht zur Verbreitung der Ideologie wäre gegenüber Millionen von chinesischen Bloggern und Forenteilnehmer denn auch kaum durchzusetzen. Dies hat zur Folge, dass im Netz propagandafreien Informationen deutlich mehr Platz eingeräumt wird (QIU 1999: 18).

Auch Hypothese 2 bestätigt sich deshalb nur teilweise—viele Instrumente konnten auf das neue Medium übertragen werden und scheinen auch hier zu funktionieren.

Auf Grund der nicht verifizierbaren Hypothesen muss die Frage gestellt werden, ob eine falsche Vorgehensweise gewählt wurde. Als Alternative für eine weitere Untersuchung könnte HOUCHIN WINFIELDS Typologie chinesischer Medienunternehmen dienen: Anstelle die Grenze wie in dieser Arbeit propagiert zwischen verschiedenen Mediengattungen (Presse, Rundfunk, Internet) zu ziehen, werden Unternehmen aus allen drei Bereichen zusammengefasst, die ähnliche Merkmale aufweisen. Die drei Kreise, die man so erhält, bestehen aus vollkommen staatlich kontrollierten „Mainstream-Massenmedien“, einem äusseren Kreis, der keine offiziellen Staatsmedien umfasst aber dessen Erzeugnisse dennoch stark mit der Zentral- oder Lokalregierung verzahnt sind sowie Unternehmen mit dem Schwerpunkt auf „Fringe media“-Publikationen, die stark kommerziell ausgerichtet sind und dem Publikum Unterhaltung verschaffen.

8 Schlussdiskussion

Die Ausführungen belegen die Komplexität des vorgestellten Mediensystems auf Grund des mannigfaltigen Einflusses von Partei und Staat. Die ausgeübte Informationskontrolle, in der die Zensur nur ein Instrument darstellt, ist allgegenwärtig und wurde während der Herrschaft der kommunistischen Partei über Jahrzehnte hinweg professionalisiert und stetig den neuen Entwicklungen—ob von aussen angestoßen oder von innerhalb des Landes vorangetrieben—angepasst.

China zeigt, dass neue Kommunikationstechnologien (mehr oder weniger) nahtlos in ein bestehendes totalitäres System implementiert werden können, ohne dass der Machthaber unmittelbar in seiner Position bedroht wird. Es bleibt abzuwarten, ob eine allfällige Bedrohung eher längerfristiger Natur sein könnte.

Neben der Anpassung und Instrumentalisierung neuer westlicher Technologien (in der Untersuchung betrachtete Beispiele: Satelliten-Fernsehen und das Internet) an die chinesischen Bedürfnisse halten zunehmend auch marktwirtschaftliche Elemente Einzug in das wirtschafts-politische System. Die Kommerzialisierung der Massenmedien geschah und geschieht aber kaum nach westlichem Vorbild. Aus den liberalen Mediensystemen des Westens bediente man sich zwar dem dort seit Jahrzehnten erprobten Erfolgsrezept von Werbung und Unterhaltung, doch musste die Innovation zuerst an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Es besteht der Anschein, als sei es dem Regime vorerst auch hier gelungen, Neuerungen zu adaptieren, ohne den Status Quo von Partei und Staat grundsätzlich in Frage zu stellen.

Dieser „Sonderfall China“—Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zwischen Kommunismus und Marktwirtschaft—dürfte die Forschung weiterhin vermehrt in seinen Bann ziehen. Auf Grund der völlig verschiedenen Rahmenbedingungen ist es aber gerade für westliche Forscher von grosser Wichtigkeit, die liberale Medienfreiheitstheorie gegen geeigneter Modelle auszutauschen, wenn das chinesische Mediensystem untersucht werden soll: Neben den westlichen Mediensystemen liberaler Prägung existiert wohl kein anderes ernstzunehmendes, weitreichendes und wirtschaftlich so ertragreiches Mediensystem mit einem derartig komplementären Verständnis von Massenmedien als dasjenige von China.

9 Bibliographie

9.1 Gedruckte Literatur

- Becker, Jonathan:** Keeping Track of Press Freedom. European Journal of Communication, 18 2003, 107–112.
- Burkart, Roland:** Kommunikationswissenschaft. Böhlau: UTB, 2002.
- Chang, Maria Hsia:** The Labors of Sisyphus: The Economic Development of Communist China. Transaction Publishers, 1999.
- Fischer, Doris:** Rückzug des Staates aus dem chinesischen Mediensektor? Neue institutionelle Arrangements am Beispiel des Zeitungsmarktes. Duisburger Working Papers on East Asian Economic Studies, 2001, Nr. 56 <URL: <http://www.uni-duisburg.de/FB5/VWL/OAWI/ARBEITSPAPIERE/AP56.pdf>>.
- Fischer, Doris:** Understanding Marketisation within the Chinese Information Sector—Taking Television as an Example. Arbeitspapiere des Instituts für Rundfunkökonomie, 2003, Nr. 175 <URL: <http://www.rundfunk-institut.uni-koeln.de/institut/pdfs/17503.pdf>> – Zugriff am 12.09.2006.
- Giese, Karsten:** Internet growth and the digital divide. Implications for spatial development. In **Hughes, Christopher R./Wacker, Gudrun (Hrsg.):** China and the Internet. Politics of the digital leap Forward. London: Routledge, 2003, 30–58.
- Houchin Winfield, Betty/Peng, Zengjun:** Market or Party Controls? Chinese Media in Transition. International Communication Gazette, 67 2005, Nr. 3, 255–270 <URL: <http://gaz.sagepub.com/cgi/reprint/67/3/255>>.
- Lokman, Tsui:** Internet in China: Big Mama is Watching You. Diplomarbeit, University of Leiden, 2001, <URL: <http://www.lokman.nu/thesis/010717-thesis.pdf>>.
- Lowenstein, Ralph L.:** Freiheit der Weltpresse. Die PICA-Erhebung des Freedom of Information Center. In Handbuch der Weltpresse. Band 1. Pressesysteme der Welt. 1970.
- Lynch, Daniel:** After the Propaganda State. Media, Politics and „thought work“ in reformed China. Stanford: Stanford University Press, 1999.
- Man Chan, Joseph:** Administrative boundaries and media marketization. A comparative analysis of the newspaper, TV and Internet markets in China. In Chinese Media, Global Contexts. London: Routledge Curzon, 2003.
- Qiu, Jack Linchuan:** Virtual Censorship in China: Keeping the Gate between the Cyberspaces. International Journal of Communications Law and Policy, 1999, Nr. 4 <URL: http://www.digital-law.net/ijclp/4_2000/pdf/ijclp_webdoc_1_4_2000.pdf> – Zugriff am 14.05.2006.
- Schoettli, Urs:** Hier Fluten, dort Trinkwassermangel. Chinas Wachstum fordert seinen Preis. Eine Bürgerbewegung wehrt sich für die Umwelt. NZZ am Sonntag, 2004 <URL: http://www.educeth.ch/lehrpersonen/geographie/unterrichtsmaterialien_geo/wirtschaftsgeographie/drei_schluchten/DreiSchluchten_pdf.zip>.

Siebert, Fred S./Peterson, Theodore/Schramm, Wilbur: Four Theories of the Press. 11. Auflage. Illinois: University of Illinois, 1956.

Zeidler, Stephan: Zensur im Internet. Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005, Nr. 30–31, 33–38 (URL: <http://www.bpb.de/files/3LIE3S.pdf>) – Zugriff am 14.05.2006.

9.2 World Wide Web

Amnesty International: State Control of the Internet in China. 2002 (URL: <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGASA170072002>) – Zugriff am 14.05.2006.

BBC News: How China is ruled. 2003a (URL: http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl_hi/asia_pac/02/china_party_congress/china_ruling_party/how_china_is_ruled/html/defaulta.stm) – Zugriff am 05.09.2006.

BBC News: Open Door policy. 2003b (URL: http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl_hi/asia_pac/02/china_party_congress/china_ruling_party/key_people_events/html/open_door_policy.stm) – Zugriff am 05.09.2006.

Blume, Georg: Im Reich der faulen Kredite. 2004 (URL: http://www.zeit.de/2004/16/China_Banken) – Zugriff am 11.09.2006.

Central Intelligence Agency: World Factbook: China. 2006 (URL: <https://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ch.html>) – Zugriff am 04.09.2006.

CNNIC: 17th Statistical Survey Report on The Internet Development in China. 2006 (URL: <http://www.cnnic.net.cn/download/2006/17threport-en.pdf#search=%2217th%20statistical%20cnnic%22>) – Zugriff am 05.09.2006.

Committee to Protect Journalists: Government restricts foreign news distribution. 2006 (URL: <http://www.cpj.org/news/2006/asia/chinallsept06na.html>) – Zugriff am 26.09.2006.

Congressional Executive Commission on China: Agencies Responsible for Censorship in China. 2006a (URL: <http://www.cecc.gov/pages/virtualAcad/exp/expcensors.php>) – Zugriff am 22.09.2006.

Congressional Executive Commission on China: CECC: Freedom of Expression – Laws and Regulations. 2006b (URL: <http://www.cecc.gov/pages/virtualAcad/exp/explaws.php>) – Zugriff am 01.10.2006.

Esarey, Ashley: Speak No Evil. Mass Media Control in Contemporary China. 2006 (URL: http://www.freedomhouse.org/uploads/special_report/33.pdf) – Zugriff am 08.09.2006.

Follath, Erich: Geburt einer Weltmacht. 2004 (URL: <http://www.spiegel.de/sptv/thema/0,1518,322527,00.html>) – Zugriff am 01.10.2006.

Freedom House: China (2005). 2005 (URL: <http://www.freedomhouse.org/modules/publications/pfs/modDisplayCountryDetail2.cfm?country=6715&year=2005>) – Zugriff am 26.09.2006.

Hazelbarth, Todd: The Chinese Media: More Autonomous and Diverse—Within Limits. 1997
⟨URL: <https://www.cia.gov/csi/monograph/425050797/index.htm>⟩ – Zugriff am 08.09.2006.

Heberer, Thomas: Forschungsprojekt: Privatisierungsprozesse in China und Vietnam und ihre soziopolitischen Konsequenzen. 2006 ⟨URL: http://www.uni-duisburg-essen.de/oapol/Forschung_un.shtml⟩ – Zugriff am 01.10.2006.

Human Rights in China: Logging on in China's Internet Cafes. 2005 ⟨URL: http://www.hrichina.org/public/highlight/PDFs/China_Internet_Cafes.pdf⟩.

Internet World Stats: Top 20 Countries with the Highest Number of Internet Users. 2006b
⟨URL: <http://www.internetworldstats.com/top20.htm>⟩ – Zugriff am 15.05.2006.

Kuri, Jürgen: 24 Tote durch Feuer in Internet-Café in Peking. 2002a ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/28295>⟩ – Zugriff am 07.09.2006.

Kuri, Jürgen: 3.300 Internet-Cafés in China geschlossen. 2002b ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/33316>⟩ – Zugriff am 22.04.2006.

Kuri, Jürgen: Google zensiert seine neue chinesische Suchmaschine [Update]. 2006b ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/68792>⟩ – Zugriff am 21.04.2006.

Niemann, Stefan: Das Internet als Nachrichtenquelle. 2004 ⟨URL: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3869082_REF1,00.html⟩ – Zugriff am 14.05.2006.

OpenNet Initiative: Internet Filtering in China in 2004–2005: A Country Study. 2005 ⟨URL: <http://www.opennetinitiative.net/studies/china/>⟩ – Zugriff am 07.05.2006.

Qinglian, He: Media Control in China. 2004 ⟨URL: <http://www.hrichina.org/public/contents/8991>⟩ – Zugriff am 07.05.2006.

Straubhaar, Joseph: STAR-TV. Asian Satellite Delivery Service. 2005 ⟨URL: <http://www.museum.tv/archives/etv/S/htmlS/startvhong/startvhong.htm>⟩ – Zugriff am 05.09.2006.

Tagesschau: Pressefreiheit in China: Der Zensor plaudert mit. 2006 ⟨URL: http://www.tagesschau.de/styles/container/audio/style_audio_real_ram/0,1902,OID5499612,00.ram⟩ – Zugriff am 05.09.2006.

Wikipedia: Blockwart. 2006a ⟨URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Blockwart>⟩ – Zugriff am 07.09.2006.

Wilkens, Andreas: China lässt weitere Internet-Cafés schließen. 2004c ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/52768>⟩ – Zugriff am 22.04.2006.

Wilkens, Andreas: Chinesischer Cyber-Dissident muss für fünf Jahre ins Gefängnis. 2005b ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/62431>⟩ – Zugriff am 21.04.2006.

Wilkens, Andreas: EU-Kommissarin: China ignoriert Kritik an Zensur völlig. 2006a ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/68305>⟩ – Zugriff am 21.04.2006.

Wilkens, Andreas: Reporter ohne Grenzen erhebt neue Vorwürfe gegen Yahoo. 2006f ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/72181>⟩ – Zugriff am 21.04.2006.

Wilkens, Andreas: Yahoo, Microsoft und Google verteidigen ihr Engagement in China. 2006i ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/69143>⟩ – Zugriff am 21.04.2006.

Xinhua Online: China's national per capita income reaches USD1,740. 2006 ⟨URL: http://news.xinhuanet.com/english/2006-08/18/content_4977712.htm⟩ – Zugriff am 01.10.2006.

ZEIT online: Kritik an Zensur. 2006 ⟨URL: http://www.zeit.de/online/2006/08/china_zensur⟩ – Zugriff am 11.09.2006.

Ziegler, Peter-Michael: Mehr als 12.000 Internet-Cafés in China geschlossen. 2005c ⟨URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/56349>⟩ – Zugriff am 21.04.2006.

Zittrain, Jonathan/Edelmann, Benjamin: Internet Filtering in China. 2003 ⟨URL: <http://www.cbeji.com.br/br/downloads/secao/16.06.04.pdf>⟩ – Zugriff am 13.05.2006.

10 Anhang

10.1 Katalog verbotener Inhalte von Web-Sites

Unzulässig ist danach jede Information, die ...

1. den in der Verfassung festgelegten Grundprinzipien verspricht
2. die nationale Sicherheit gefährdet, Staatsgeheimnisse preisgibt, die Regierung umstürzt, die Einheit des Landes zerstört
3. der Ehre und den Interessen des Staates schade
4. zu ethnischen Hass und ethnischer Diskriminierung aufstachelt, die Einheit der Nationalitäten [Chinas] zerstört
5. der Religionspolitik des Staates schadet, böse Kulte oder feudalen Aberglauben propagiert
6. Gerüchte verbreitet, die gesellschaftliche Ordnung stört, die gesellschaftliche Stabilität untergräbt
7. Unzucht, Pornographie, Glücksspiel, Gewalt, Mord, Terror verbreitet oder zu Verbrechen anstiftet
8. andere Personen beleidigt oder verleumdet, den legitimen Rechten und Interessen andere Personen schadet, (sowie)
9. andere Inhalte, die durch das Gesetz oder Verwaltungsvorschriften verboten sind

Zitiert nach (ZEIDLER 2005: 34).

10.2 Katalog verbotener ausländischer Agenturmeldungen

„Under these measures, Xinhua News Agency says it would retain the right to select the news distributed within China, and would delete any materials found to:

- Violate the basic principles enshrined in the Constitution of the People’s Republic of China;
- Undermine China’s national unity, sovereignty and territorial integrity;
- Endanger China’s national security, reputation and interests;
- Violate China’s religious policies or preach evil cults or superstition;
- Incite hatred and discrimination among ethnic groups, undermine their unity, infringe upon their customs and habits, or hurt their feelings;
- Spread false information, disrupt China’s economic and social order, or undermine China’s social stability;
- Propagate obscenity and violence, or to abet crimes;

- Humiliate or slander another person, or infringe upon the legitimate rights and interests of another person;
- Undermine social ethics of the fine cultural traditions of the Chinese nation;
- Include other content banned by Chinese laws and administrative regulations.“

Zitiert nach (ZEIDLER 2005: 34).

10.3 Regulationsbehörden

Folgende behördliche Einheiten und Departemente der KPC haben mit der Informationskontrolle in Massenmedien zu tun (CECC 2006a):

- Die *General Administration of Press and Publication (GAPP)* erteilt Lizenzen und überprüft Inhalte von Zeitungen, Magazinen, Büchern und Web-Sites.
- Die *State Administration of Radio, Film and Television (SARFT)* reguliert Radio, TV, Satellitenfernsehen und Internet-Streams.
- Das *Ministry of Information Industry* beaufsichtigt die Telekommunikations- und Softwareindustrie. Diese Behörde vergibt Lizenzen für Anbieter, die mit Hilfe des Internets Informationen verbreiten wollen.
- Das *State Council Information Office (SCIO)* entscheidet, wer eine Lizenz zur Publikation von Nachrichten im Internet erhält. Daneben trägt das Büro die Aufgabe, im Ausland für die Anliegen Chinas zu werben.
- Das *Central Propaganda Department* der KPC ist das Gegenstück zu GAPP und SARFT. Während die beiden behördlichen Organisationen die Lizenzvergabe an Unternehmen regeln und die Einhaltung der Richtlinien überprüfen, beaufsichtigt das Propaganda-Departement der Partei die Nachrichtenhalte und ihre Konformität zur Parteimeinung. Ein grosser Stab an Mitarbeitern ist für die Durchsicht frisch publizierter Schriftstücke zuständig. Daneben werden auch proaktiv Richtlinien erlassen, die darlegen, wie mit bestimmten Themen umgegangen werden soll.
- Das *Ministry of Public Security* filtert und überwacht das Internet.
- Die *General Administration for Customs* beschlagnahmt Publikationen, die als regierungsschädigend aufgefasst werden.
- Das *State Secrecy Bureau* legt fest, welche Informationen unter das Gesetz zur Bewahrung von Staatsgeheimnissen fällt. Die Spanne geheimer Informationen ist derart weit ausgelegt, dass faktisch jede Information über China als Geheimnisverrat gilt.
- Die *Justiz* trägt massgeblich dazu bei, dass Medienschaffende verurteilt werden und lange Gefängnisstrafen absitzen müssen.